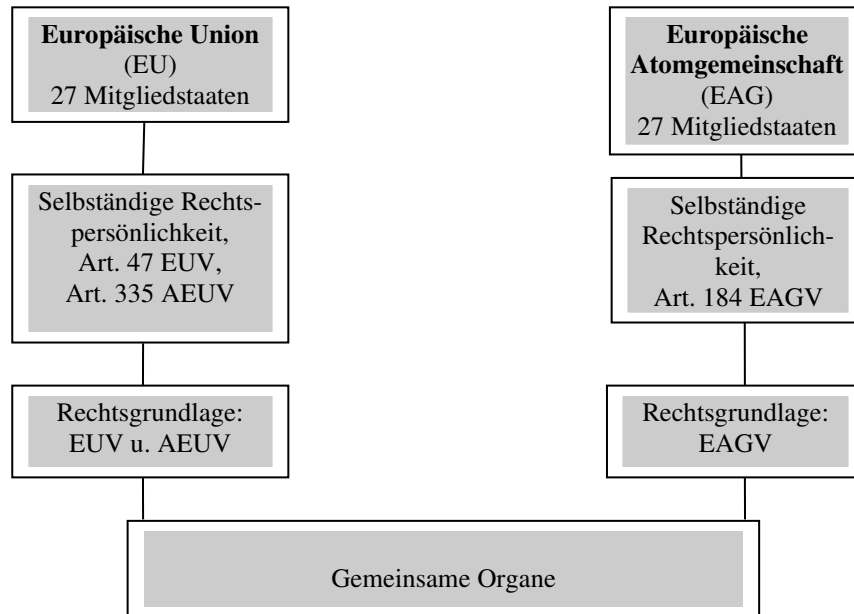


Teil 3: Europarecht

Übersicht 24: Die Europäische Union und die Europäische Atomgemeinschaft



Übersicht 25: Die Organe und weitere Institutionen der EU

Organ	Befugnisse	Stichwort
<i>Europäisches Parlament,</i> Art. 13, 14 EUV, Art. 223 ff. AEUV Präsident des Europäischen Parlaments, Art. 14 IV EUV	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgebung im Zusammenwirken mit dem Rat - Ausübung der Haushaltsbefugnisse zusammen mit dem Rat - Kontrolle der Kommission, Art. 234 AEUV 	Unmittelbar demokratisch legitimiertes EU-Organ; Hauptgesetzgebungsorgan zusammen mit dem Rat
<i>Europäischer Rat,</i> Art. 13, 15 EUV, Art. 235 f. AEUV Besteht aus Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten des Europ. Rates u. dem Präsidenten der Kommission (Art. 15 II EUV)	<ul style="list-style-type: none"> - Impulsgeber für die Fortentwicklung der EU - Festlegung der politischen Ziele und Prioritäten 	Politisches Leitorgan
<i>Rat,</i> Art. 13, 16 EUV, Art. 237 ff. AEUV Besteht aus je einem Minister eines jeden Mitgliedstaates (Art. 16 II EUV) Präsident des Rates, Art. 16 IX EUV, Art. 237 AEUV	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgebungsorgan im Zusammenwirken mit dem Europäischen Parlament - Ausübung der Haushaltsbefugnisse zusammen mit dem Europäischen Parlament - politisches Lenkungsorgan neben dem Europ. Rat 	Hauptgesetzgebungsorgan zusammen mit dem Europäischen Parlament
<i>Kommission,</i> Art. 13, 17 EUV, Art. 244 ff. AEUV Besteht aus je einem Staatsangehörigen eines jeden Mitgliedstaates (Art. 17 IV EUV) Präsident der Komm., Art. 17 VI EUV	<ul style="list-style-type: none"> - Exekutivorgan - Überwachung der Einhaltung des EU-Rechts und ggf. Anrufung des EuGH im Vertragsverletzungsverfahren - Gesetzesinitiativrecht 	Exekutivorgan und Hüterin des EU-Rechts
<i>EuGH,</i> Art. 13, 19 EUV, Art. 251 ff. AEUV Besteht aus je einem Richter eines jeden Mitgliedstaates (Art. 19 II EUV)	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsprechungsorgan - Entscheidung über die Auslegung des EU-Rechts und über die Gültigkeit des sekundären EU-Rechts 	Rechtsprechungsorgan
<i>EZB,</i> Art. 13 EUV, Art. 282 ff. AEUV	<ul style="list-style-type: none"> - Währungspolitisches Leitorgan - Erteilung von Leitlinien und Weisungen gegenüber den nationalen Zentralbanken - Genehmigung der Ausgabe von Banknoten und Münzen 	Währungspolitisches Leitorgan
<i>Rechnungshof,</i> Art. 13 EUV, Art. 285 ff. AEUV	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben der EU - Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung der EU 	Rechnungsprüfung der EU

Sonst. Einrichtungen		
<i>Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik</i> , Art. 18, 27 EUV; zugleich Mitglied der Kommission, Art. 17 IV EUV	<ul style="list-style-type: none"> - Leitung der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Vertretung der EU in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten neben dem Präsidenten des Europ. Rates 	EU-Außenminister
<i>EIB</i> , Art. 308 f. AEUV	<ul style="list-style-type: none"> - Investitionsförderung innerhalb der EU 	Investitionsförderung
<i>Wirtschafts- und Sozialausschuss; Ausschuss der Regionen</i> , Art. 300 ff. AEUV	<ul style="list-style-type: none"> - Beratung der EU-Organe 	Beratende Einrichtungen

Übersicht 26: Sekundäres EU-Recht, Art. 288 AEUV

	Ziel	Adressat	Bindungswirkung
Verordnung	Setzung von EU-Recht, das in allen Mitgliedstaaten unmittelbar verbindlich ist	Mitgliedstaaten und Bürger	<ul style="list-style-type: none"> • allgemein und unmittelbar in allen Teilen verbindlich • unmittelbare Wirkung für und gegen die Bürger
Richtlinie	Angleichung des Rechts der Mitgliedstaaten	Mitgliedstaaten, Bürger nur in Ausnahmefällen	<ul style="list-style-type: none"> • nur hinsichtlich der Ziele verbindlich • grds. keine unmittelbare Wirkung, d.h. Bürger sind nicht berechtigt oder verpflichtet • Berechtigung der Bürger nur, wenn der RL unmittelbare Wirkung zukommt (aber auch dann keine Verpflichtung der Bürger)
Beschluss	Durchsetzung des EU-Rechts im Einzelfall	einzelne Mitgliedstaaten oder Einzelpersonen	in allen Teilen für den Adressaten verbindlich
Empfehlung, Stellungnahme	Anregung einer bestimmten Maßnahme oder sachverständige Meinungsäußerung	EU-Organe, Mitgliedstaaten oder Einzelpersonen	nicht verbindlich

Übersicht 27: Die wichtigsten EuGH-Verfahrensarten

	Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258, 259 AEUV)	Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	Amtshaftungsklage (Art. 268, 340 II AEUV)	Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)
Antrags-/Klageziel	Rüge der Verletzung von EU-Recht durch nationale Organe und Behörden	Beseitigung eines rechtswidrigen EU-Rechtsakts	Feststellung rechtswidriger Untätigkeit von EU-Organen	Schadensersatz für EU-Rechtsakte	Auslegung und Gültigkeitsprüfung des EU-Rechts
Antrags-/Klageberechtigter	Kommission und Mitgliedstaaten	Rat, Kommission, Mitgliedstaaten, EP, EZB, natürliche und juristische Personen	Mitgliedstaaten, EU-Organe, natürliche und juristische Personen	Natürl.u. jurist. Pers. sowie nicht rechtsfähige Verbände wie z.B. Gewerkschaften	Jedes Gericht eines Mitgliedstaates
Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	Ordnungsgemäße Durchführung eines Vorverfahrens (mit Ausnahme der Fälle von Art. 108 und 348 AEUV)	Geltendmachung eines der in Art. 263 II AEUV aufgezählten Gründe Klagebefugnis natürl. u. jur. Personen, Art. 263 IV AEUV: 1. Var.: Adressaten von Hdl. 2. Var.: Unmittelbare (formelle → keine Durchführungsmaßnahme oder materielle) und individuelle Betroffenheit durch Hdl. 3. Var.: Formelle und materielle unmittelbare Betroffenheit durch Rechtsakt mit VO-Charakter (VO, unmittelbar wirkende RL, abstrakt-genereller Beschluss; str.) Klagefrist 2 Monate	Aufforderung an Organ, tätig zu werden Natürliche und juristische Personen können nur den Erlass verbindlicher und individualbezogener Rechtsakte begehren Keine Nichtigkeitsklage zum Erreichen des Klageziels möglich Frist des Art. 265 II AEUV	Keine Klage auf nationalem Rechtsweg möglich Klagefrist 5 Jahre (Art. 46 EuGH-Satzung)	Entscheidungserheblichkeit der Vorlagefrage Zweifel bezüglich Auslegung und Gültigkeit des EU-Rechts Hierzu keine gefestigte EuGH-Rechtsprechung Vorlagepflicht, falls letztinstanzliche Entscheidung oder falls das Gericht EU-Recht für ungültig hält und deshalb nicht anwenden will